

Synergie oder Konflikt zwischen #unteilbar und Aufstehen? Impressionen zu einer Podiumsdiskussion

Hans-Jürgen Bandelt

Am 12.11.2018 fand im Braunschweiger „Haus der Kulturen“ ein Gespräch und eine anschließende Diskussion zum Thema „#Unteilbar, Aufstehen, aktiv werden für eine solidarische Gesellschaft“ mit Jöran Klatt und Victor Perli (beide von der Partei DIE LINKE) statt (<http://www.die-linke-bs.de/index.php/home/soziale-bewegung/987-hinweis-unteilbar-aufstehen-aktiv-werden-fuer-eine-solidarische-gesellschaft>).

Gespräch und Diskussion

Um es vorwegzunehmen: Die Chance zur Klärung des Verhältnisses zwischen der machtvollen Berliner Großdemo #unteilbar und der Sammlungsbewegung Aufstehen wurde leider vertan. Die beiden kurzen Impulsvorträge zeugten von Einigkeit und Harmonie, die glaubhaft und sympathisch wirkten. Doch blieb es bei der persönlichen Einschätzung zu einer Agenda sozialer Forderungen, ohne die Konflikte zwischen beiden Bewegungen, die andere schon erkannt und publiziert hatten, zur Kenntnis zu nehmen. Die kritischen Töne und Dissonanzen sind dabei tatsächlich untergegangen. Interessante Beiträge des Abends waren Statements aus dem Publikum, was denn Aufstehen alles leisten sollte. So von Horst Vergin (BIAP), vom Bezirksvorsitzenden der DKP, von Thomas Röver und anderen.

Man kann nicht einfach die Anzahlen der Aufsteher und Unteilbaren zusammenaddieren (macht rund 400.000) und glauben, gemeinsam sei man stark. Es gibt zwar einzelne, die glauben, man könne auf beiden Hochzeiten stehen bzw. gehen, aber geht das wirklich – bei genauerem Abwägen? Gewiß könnten die im Aufruf genannten Ziele von Aufstehen auch für die Unteilbaren wünschenswert oder zumindest akzeptabel sein – vielleicht bis auf die Formulierungen, die unter der Extremposition offener Grenzen wenig Sinn machten. Auffällig ist bei #unteilbar das völlige Ausblenden des wohl wichtigsten Themas von Aufstehen: eine konsequente Friedenspolitik statt forciertem Aufrüstung. Denn dort wird das Geld verpulvert, das für den sozialen Bereich und Infrastruktur dringend benötigt würde.

Umgekehrt jedoch sollte unter Aufstehern schon das unteilbare Motto „Für eine offene und freie Gesellschaft“ höchst problematisch sein: „Freiheit“ ist durch den Neoliberalismus umgedeutet worden und bedarf daher der Präzisierung. Und die „Offene Gesellschaft“ hat schon seit Karl Popper und erst recht nach dem Aufgreifen durch George Soros definitiv keine linke Interpretation (<https://www.braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-allgemein/10357-unteilbar-ist-nicht-aufstehen>). Mit im Gepäck ist da auch die Forderung nach mehr oder weniger offenen Grenzen, die von den Organisatoren nur aus taktischen Gründen im Aufruf schlußendlich nicht explizit genannt wurde. Es ist und bleibt dennoch ein neoliberales Projekt (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=46544>). Saha Wagenknecht hat das erkannt.

Auch die scheinbar unproblematische Aussage „Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*- Feindlichkeit entschieden entgegen“ vereinnahmt den Mitmarschierer, nicht mehr zu hinterfragen, was denn mit diesen schwammig gewordenen Begriffen wirklich gemeint sei. Und statt der Preisung der gesternten Formel LGBTIQ* des Gender-Mainstreaming wäre ein Bekenntnis zu einem klassenkämpferischen Feminismus zu fordern, der die hartnäckig bestehende doppelte Ausbeutung der Frau durch Beruf und Care-Arbeit geißelte, anstatt in einer „kulturalistischen Einbahnstraße“ stehenzubleiben (<http://www.kpoe.at/home/frauen/2009/gender-oder-von-der-re-privatisierung-des-geschlechts>).

Neoliberale Politik und Postmoderne

Der Einwurf, gerichtet an DIE LINKE, daß diese, wo sie regiert, teilweise eine neoliberale Politik betreibt, wurde vom Podium aus mit Schweigen bedacht. Die Stichworte sind: der große Schulraub (<https://www.rubikon.news/autoren/ralf-wurzbacher>) und Diskriminierung von Israel-Kritikern (<https://www.rubikon.news/artikel/von-wegen-antisemitismus>). Auch Regelanfragen beim Verfassungsschutz sind in Thüringen wie in Bayern üblich, woraus letztlich neue Berufsverbote entstehen können.

Die entscheidende Transformation, die die Linke wie überhaupt den politischen Raum schon vor mehr als zwei Jahrzehnten verformt hat, ist ideologischer Natur. Die Übernahme der US-amerikanischen Identity Politics und Political Correctness, die Teile postmodernen Denkens geworden sind, hat der Akzeptanz des Neoliberalismus im linken Spektrum das Scheunentor weit geöffnet. Der Philosoph, Gewerkschafter mit SPD-Erdung Nils Heisterhagen schreibt dazu (<https://www.cicero.de/innenpolitik/linke-krise-donald-trump-richard-rotty>): „Die linken Intellektuellen schreiben schöne Essays darüber, welche Sexualmoral korrekt und welche Haltung zu religiösen und ethnischen Fragen im Besonderen und zum Zusammenleben im Allgemeinen richtig ist, machen aber kaum noch Vorschläge, wie man den Kapitalismus sozial eindämmen könne. Von Wirtschaft reden sie auch kaum.“

Er erklärt in seinem Buch „Kritik der Postmoderne“, was die Hegemonie des Neoliberalismus ermöglichte. Postmodernes Denken ist integraler Bestandteil des progressiven Neoliberalismus. Sebastian Müller sieht die herrschende Linke korrumpiert: „'Links' ist nur noch Neoliberalismus in 'progressiver' Verpackung“ (<https://makroskop.eu/2017/05/die-allianz-des-progressiven-neoliberalismus/>). Jöran Klatt, der die lange Geschichte des Begriffs Postmoderne beschwor, hingegen verkennt diese Korrumpierung, verwechselt gar Emanzipierung mit Identity Politics. Er nimmt nicht die Charakteristika für das Wirken der heutigen Postmoderne wahr, wie sie selbst in dem entsprechenden Wikipedia-Artikel aufgelistet sind. Eine bloße Hinzunahme sozialer Zugeständnisse und sozialer Zukunftsprosa änderte nichts an dieser Korrumpierung, die auch Aufstehen letztlich erfassen und in die Knie zwingen könnte.

Das Plakat

Den stärksten Eindruck vom Podium könnte in den vorderen Reihen bei längerer Betrachtung während der Zwei-Stunden-Veranstaltung das neben dem Podiumstisch aufgestellte Plakat der LINKEN zur letzten Bundestagswahl gemacht haben. Eben weil es volens non volens punktgenau das Elend und Dilemma der Partei DIE LINKE zeigt und die Notwendigkeit einer Sammlungsbewegung wie Aufstehen. Auf dem Plakat, präsentiert schon in einem (nur singular bewerteteten) YouTube Video aus Thüringen (<https://www.youtube.com/watch?v=j571bSqG6Jg>), prangt oben „M E N S C H“, hübsch anzusehen, gemalt in bunten Farben. Es signalisiert uns eine ungeformte bunte Gesellschaft. Das Buntsein ist aber kein positives Attribut. Und auch kein negatives. Kreuzberg ist bunt, Brake an der Unterweser ist es nicht – na und? Was können die Braker dafür? Bunte urbane Quartiere wie Kreuzberg in Berlin und St. Georg in Hamburg sind angesagt. Buntsein muß man sich leisten können, wenn man da wohnen will.

Unter dem „M E N S C H“ hängt die Losung „Entschieden gegen rechte Hetze“. Warum heißt es „entschieden“ – weil es mehr Nachdruck verleiht? Na ja, die Grünen wollen ja auch gegen Rechts sein, weil es schick und gut für die Umwelt ist. Eigentlich demonstriert man dabei gegen Menschen statt gegen ihre kruden Ideen – ganz nach der Devise: Ihr seid scheiße – und #wirsindmehr. Roberto J. De Lapuente bringt diese Haltung auf den Punkt (<https://www.neulandrebelln.de/2018/11/vorschlag-zur-guete-afd-waehler-wegsperrn/>): „Jetzt wird es aber mal Zeit, dass wir der neuesten linksliberalen Lebenslüge des Augenblicks auf den Zahn fühlen: Wenn der Rechtsruck keine soziale Erdung hat, nur gewissermaßen eine kollektive Charakterfrage ist – was machen wir denn dann mit den Unbelehrbaren? Einsperren? Ausweisen? Oder noch schlimmer? Diese antideutsche Vorstellung ist nicht nur traurig und unreflektiert – sie steckt voller Fatalismus und zeichnet ein Menschenbild, wie man es links nicht pflegen sollte.“

Und warum soll eigentlich nur die „rechte“ (Pegida- und AfD-artige) und nicht die mittige oder (Kultur-)linke Hetze abgelehnt und abgewehrt werden? Gehetzt wird von Rechts bis (Kultur-)Links, und zwar immer heftiger: Michael Wolffsohn setzte Sahra Wagenknecht und Aufstehen im Gespräch mit der BILD-Zeitung in die Nähe der Nazis (<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sahra-wagenknecht-und-oskar-lafontaine-zufrieden-linke-bewegung-hat-schon-50000-56600648.bild.html>). Nicht viel besser hat der Linke (?) Thomas Seibert – streng genommen natürlich nur – Wagenknecht des Rassismus bezichtigt (<http://www.taz.de/!5455168/>). Und hinsichtlich des Rechtsrucks hat kürzlich jemand geschrieben, daß Wagenknecht „selbst ein Teil dieses Rechtsrucks geworden ist“ (<https://www.rubikon.news/artikel/nachsitzen-aufstehen>). Und für Antideutsche, deren Sympathisanten mit ihrer unkritischen Israel-Euphorie selbst in vorderer Reihe der LINKEN stehen, ist Wagenknecht sowieso eine Antisemitin. All das ist üble Hetze. Ergo müßte die LINKE als Ganzes entschieden gegen sich selbst sein.

Kurzum, die LINKE präsentiert sich mit diesem Plakat als bunte Antifa: Kandel ist überall

(<https://www.youtube.com/watch?v=S7kKssKy2n0>) – vielfältig, offen und tolerant. Dem arbeitslosen Braker sagt das nichts. Aber am Laternenpfahl im Prenzlauer Berg gefällt das gewiß. Die Sammlungsbewegung Aufstehen hingegen nimmt den Braker ernst und peinigt ihn nicht mit Prenzlauer Moral, sondern sagt klipp und klar, was in diesem Land ökonomisch nicht stimmig ist. Eigentlich ganz schlicht.

Aufstehen ist kein Selbstläufer. Es wird weiterhin viele Versuche geben, diese Bewegung ideologisch zu steuern und zu vereinnahmen durch Parteien und Organisationen, die in der Praxis keine durchgängig linke Politik betreiben. Dennoch gibt es in vielen Initiativen und Parteien Menschen, die sich eine soziale und damit antineoliberale Agenda wünschen. Daher sollte der vielfältige Kontakt mit solchen Parteien und Organisationen nicht abreißen – auch wenn er von Fall zu Fall enttäuschend sein kann. Der Aufforderung (mit „mehr Druck von unten“) der Moderatorin dieser Podiumsdiskussion, Ursula Weisser-Roelle, zur Teilnahme an der zentralen Demonstration gegen das niedersächsische Polizeigesetz in Hannover am 8. Dezember ist vorbehaltlos zuzustimmen. Die neuen Polizeigesetze der Länder sind Ausdruck des Rechtsrucks, wie er wirkmächtig aus der Mitte der politischen Landschaft kommt. Sie sind schon die Vorboten des Vormerz.